

Bayern zukunftsfest machen – gezielt investieren, solide finanzieren!

Gestützt auf eine starke Wirtschaft haben wir im Freistaat in den letzten Jahren ein gutes finanzielles Polster geschaffen. Doch nun befindet sich auch unser Land in einer haushaltspolitischen Zeitenwende: Die rasante positive Entwicklung der Steuereinnahmen ist beendet. Die allgemeine Teuerung lässt die öffentlichen Ausgaben für Personal oder Bauvorhaben ansteigen. Außerdem sind wir innerhalb der Bundesrepublik auf allen Ebenen mit großen Herausforderungen konfrontiert. Allen voran die geopolitische Lage mit höheren Anforderungen an die Verteidigungsfähigkeit, aber auch der Klimawandel, die demographische Entwicklung, die Sicherung unserer Gesundheitsversorgung und andere Bereiche der Daseinsvorsorge zwingen den Staat zum Handeln.

Eine kontinuierliche Erhöhung der Steuereinnahmen gelingt nur mit einer starken Wirtschaft, der wir durch Unterstützung bei Forschung und Entwicklung Anschlag geben. Dazu brauchen wir auf Bundesebene zukünftig eine Veränderung hin zu einer leistungs- und wirtschaftsfreundlichen Politik.

Zusätzlich hat das Bundesverfassungsgericht mit seinem Urteil im November 2023 klargestellt, dass vermeintliche haushaltsrechtliche Spielräume nicht existieren.

Für uns als FREIE WÄHLER-Fraktion im Bayerischen Landtag gilt: Wir stehen klar zur Schuldenbremse in Deutschland und Bayern. Die Schuldenbremse ist gemacht für Zeiten wie die jetzige: Parlamente und Regierungen sollen nicht der Versuchung unterliegen, Sparanstrengungen aufzuschieben und Haushaltslöcher durch Schuldenaufnahme zu stopfen.

Gleichwohl dürfen Haushaltsregeln nicht die dringend notwendige Modernisierung des Landes aufhalten. Deshalb halten wir als FREIE WÄHLER Landtagsfraktion an unserer bereits im November 2023 erhobenen Forderung nach einer Investitionsklausel für

einige wenige elementare Vorhaben von überragender Bedeutung – etwa in Form eines investiven Sondervermögens – unter Beibehaltung der Schuldenbremse fest.

Als FREIE WÄHLER Landtagsfraktion lehnen wir Steuererhöhungen auch unter diesen Vorzeichen weiterhin entschieden ab. Es gilt, die Sparanstrengungen zu intensivieren: Für kostenintensive und langwierige staatliche Bauprojekte halten wir als FREIE WÄHLER Landtagsfraktion eine konsequente Ausschöpfung sämtlicher Sparpotenziale schon heute für dringend erforderlich. Wir müssen bei sämtlichen am Bau Beteiligten Anreize für Kostendisziplin setzen.

Als kommunal verwurzelte FREIE WÄHLER Landtagsfraktion sind wir uns bewusst: Städte, Gemeinden, Landkreise und Bezirke in Bayern sind an den Grenzen ihrer finanziellen Leistungsfähigkeit. Die kommunalen Körperschaften müssen ihre vielfältigen Aufgaben schon seit einigen Jahren wieder vermehrt durch Schulden finanzieren. Die aufgrund mangelnder wirtschaftspolitischer Impulse des Bundes andauernde Konjunkturschwäche hat die Einnahmen aus der Gewerbesteuer als eine zentrale Einnahmequelle der Kommunen gedämpft. Mit dem Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung für Grundschulkinder, dem Erhalt und der Erneuerung der Krankenhäuser oder Klimaschutzmaßnahmen wie dem Ausbau von Wärmenetzen kommen erhebliche finanzielle Belastungen auf die Kommunen zu. Deshalb bekennen wir uns als FREIE WÄHLER im Bayerischen Landtag zur finanziellen Unterstützung der Kommunen durch den Freistaat. Diese sollte im Lichte der allgemeinen Teuerung als auch der Aufgabenmehrung der Kommunen angehoben werden und transparenter sowie ohne überproportional bürokratische Einschränkungen in der Förderstruktur ausgestaltet werden. Den Regionen und dem ländlichen Raum müssen als Motor stets genügend finanzielle Ressourcen zur Verfügung gestellt werden.

Besonders dringlich ist die Forderung nach verstärkten Investitionen des Bundes in Bayern. Trotz der erfolgreichen Entwicklung des Freistaats zu einem führenden Technologie-Standort und den erheblichen Investitionen globaler Unternehmen in Zukunftstechnologien, bleibt Bayern bei den Bundesmitteln in diesem Bereich häufig unberück-

sichtigt. Im globalen Wettbewerb, der vor allem mit asiatischen Märkten und dem Silicon Valley geführt wird, ist es unerlässlich, dass der Bund gezielt in die Regionen investiert, in denen bereits hohe Innovationskraft und Expertise vorhanden sind. Es ist daher nicht akzeptabel, dass große Förderprojekte an anderen Standorten vergeben werden, während Bayern über den Länderfinanzausgleich diese Vorhaben mittragen muss. Diese Vergabepraxis gefährdet langfristig die Wettbewerbsfähigkeit des gesamten Wirtschaftsstandorts Deutschland.

Dieser Gleichklang aus Sparanstrengungen gemeinsam mit der Priorisierung von Investitionen sowie einer an den Bedürfnissen der Wirtschaft und der Menschen orientierten Politik trägt dazu bei, unsere Gesellschaft erfolgreich und zukunftsfähig aufzustellen.